

Kennt Liechtensteins Wirtschaftserfolg kein Ende?

Eine Publikation von Dr. Hubert Büchel - erschienen im Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (LAG) - Kleine Schriften, Band 16

Unter dem Titel «Kennt Liechtensteins Wirtschaftserfolg kein Ende?» veröffentlichte der Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (LAG) im Rahmen der Kleinen Schriften (Band 16) einen Vortrag von Dr. Hubert Büchel, der sich umfassend und zugleich kritisch mit der liechtensteinischen Wirtschaftsentwicklung auseinandersetzt. Wir veröffentlichen mit Genehmigung des Verlags jenen Teil aus dieser Schrift, der nach der Schaffung der Grundvoraussetzungen auf die Probleme eingeht.

In Liechtenstein finden wir eine interessante Situation vor: Bei niedrigen Steuersätzen haben wir dennoch ein überdurchschnittlich hohes Steueraufkommen pro Kopf (die Umrechnung pro Kopf der Einwohner ist natürlich falsch, weil nicht nur sie die Steuerzahler sind).

Entsprechend den hohen Steuererträgen pro Kopf berechnen sich auch hohe Staatsausgaben pro Kopf. Hier wirkt Parkinsons zweites Gesetz: Die Ausgaben steigen, um sich den verfügbaren Einnahmen anzupassen.

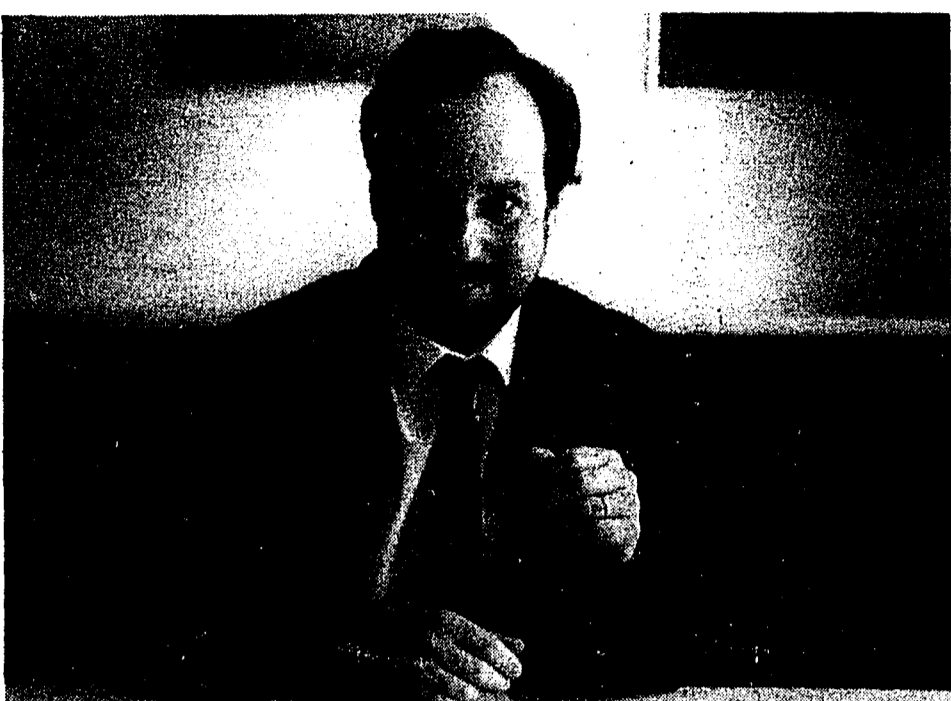
Dank sprudelnder Staatserträge können wir uns das leisten: Ein Wohlfahrtsstaat wurde geschaffen, der zu einem erheblichen Teil von «nicht» (selber verdientem Geld) finanziert wurde und wird.

Ich frage mich, wann bei uns das «Ölscheitum-Dilemma» seine Wirkung entfaltet: unrealistische Erwartungen wurden geweckt, Verschwendung ermutigt. Die Meinung herrscht vor, genügend Geld für alles sei vorhanden. Begehrlichkeiten sind geschaffen worden, von denen vielleicht einmal abrücken zu müssen, bitter werden kann.

Der Staat «erwirtschaftet» Überschüsse und verfügt über Reserven, mit denen bei völligem Einnahmefall nur die Beamtenlöhne noch drei Monate oder allein die Ausgaben für das Bildungswesen noch vier Monate lang bezahlt werden könnten.

Vergessen wir aber auch nicht, dass bei uns gewisse öffentliche Funktionen gar nicht existieren. Teilweise fällt uns ein «Trittbrettfahrer-Profit» zu: Wir profitieren vom Angebot staatlicher Leistungen anderer Staaten, wenn selbstverständlich auch nicht immer gratis. Weil wir zu klein sind, alle Staatsaufgaben selbst zu erbringen, gehört es zur Regierungskunst im Kleinstaat, Zugang zu den entsprechenden Leistungen anderer Staaten zu erhalten, etwa was Berufs- und Hochschulen oder Spezialkliniken anbelangt.

Dennoch besteht eine grosse Funktionsvielfalt in der Staatsverwaltung. Bei den eingeschränkten menschlichen Ressourcen - der Staat kann grundsätzlich



Dr. Hubert Büchel: «Erfolg kann man dem liechtensteinischen Modell nicht absprechen. Offenbar ist es bisher immer gelungen, den richtigen Ausgleich zu finden zwischen Kontinuität und Stabilität einerseits sowie Anpassung und Erneuerung andererseits. Das ist gar nicht so einfach, weil diese beiden Zielbereiche von unterschiedlichem Charakter sind und unterschiedliche Massnahmen verlangen. Liechtenstein mag deshalb gut gefahren sein, weil sich der Staat so weitgehend von Eingriffen in den Wirtschaftsablauf zurückgehalten hat - was dem Gesamtsystem Stabilität gegeben hat - und die Unternehmer andererseits gerade angesichts der grossen Aussenabhängigkeit zu Anpassungsleistungen gezwungen waren.»

nicht auf Ausländer als Arbeitskräfte zurückgreifen - erfordert das Generalisten. Immer mehr ist auch Liechtenstein angehalten, in internationalen Gremien mitzuwirken. Wenn dann der Generalist auf die Spezialisten anderer Länder trifft, können Blößen sichtbar werden.

Subjektiv mag es angenehm sein bringen, das Bewusstsein der Multizuständigkeit mit sich herumzutragen. Die Gefahr liegt nahe, dass man sich auf das Repräsentative beschränkt und meint, alles über persönliche Beziehungen regeln zu können. Ein schlechtes Gewissen braucht man dabei nicht zu haben, denn man ist ja vielbeschäftigt. Dass die Arbeit am Substantiellen zu kurz kommt, lässt sich verdrängen. Wo man zu eigenen Entscheidungen aufgerufen wäre, wartet man ab und lässt sich mittragen. Im Ausland bleibt das auf Dauer nicht unbemerkt, und die eigene Glaubwürdigkeit leidet darunter.

Die staatliche Zurückhaltung, etwa in der Wirtschaftspolitik, hat auch ihre positiven Seiten: beispielsweise ist die sogenannte «versteckte Ökonomie» sehr klein. Das Ausweichen in die «Schattenwirtschaft» ist ja bekanntlich eine Reaktion auf hohe Steuerbelastung und weitreichende staatliche Reglementierung.

Vielleicht auch darum sind in Liechtenstein die Arbeitszeiten so lang: Es ist noch «rentabel zu arbeiten».

Was aber kann der Staat in der Wirtschaftspolitik überhaupt bewirken (wenn er mehr wollte): Die öffentlichen Haushalte umfassen etwa 0,5 Milliarden Franken; demgegenüber belaufen sich die Industrieexporte auf 1,9 Milliarden Franken und beträgt die Bilanzsumme der Banken 13,4 Milliarden Franken. Sicherheit, diese Werte sind nicht vergleichbar. Man gewinnt aber dennoch eine Ahnung, wie gross die Wirkung des Staates angesichts seines Finanzvolumens einzuschätzen ist.

Nach offiziellen Verlautbarungen ist Hauptziel der Wirtschaftspolitik die Erhaltung und Verbesserung der günstigen Rahmenbedingungen. Welches sind unsere Standortvorteile: Liberalität, Stabilität, Kontinuität, Seriosität, Diskretion und Effizienz. Zum Teil ist dies in unserem gesellschaftlichen und politischen System von Grund auf so angelegt oder eben Ausfluss der Kleinheit, wesentlich beruht es aber auf Unterschieden in den Rechtsbedingungen für wirtschaftliche Betätigung. Manchmal auch - oder zusätzlich - handelt es sich um «competition

by laxity», wobei entweder schon die Vorschriften locker sind oder aber der Vollzug - durchaus aufgrund von Kapazitätsgrenzen - nachlässig ist.

Die Frage, wie lange Rechtsdifferenzen in einer zusammenwachsenden Welt aufrechtzuerhalten sind, stellt sich noch stärker angesichts der auf uns zurollenden europäischen «Integrationslokomotive». Doch schon in unserem grundsätzlich freundschaftlichen Verhältnis zur Schweiz können solche Unterschiede zu Problemen und Unverständnis führen.

Man hört zuweilen das Argument, ein einheitliches Wirtschafts- und Währungsgebiet verlange auch einheitliche Rechtsnormen. Das kann aber wohl nicht absolut gelten, sonst müssten wir schweizerischer Kanton werden. Im übrigen ist die Schweiz selbst mit ihren kantonal unterschiedlichen Regelungen das beste Beispiel, dass sogar in einer staatlichen Einheit nicht alle Vorschriften gleich sein müssen. So ist es für Liechtenstein (und wohl auch für die Schweiz) eine wesentliche Frage, wie weit der «Brüsseler Zentralismus» in einem in der Zukunft sich abzeichnenden europäischen Wirtschaftsraum wohl gehen wird.

Sozialfragen trotz Wohlstand

Der in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten massiv gestiegene Wohlstand der Gesamtbevölkerung und der öffentlichen Hand hat zu einem breiten Ausbau des Netzes der sozialen Sicherheit geführt. Trotz gestiegener Löhne hat die Arbeitszeit abgenommen (eine Entwicklung wie auch in anderen Industrieländern). Verschiedenste Freizeiteinrichtungen wurden geschaffen. Kulturelle Vorhaben erfahren grosszügige Förderung. Eine Fahrt durch die Dörfer zeigt ein Bild von Wohlhabenheit, Ordnung, Pflege und Sauberkeit. Vielfältige Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten stehen zur Wahl. Unsere Arbeitslosenquote erscheint für ausländische Betrachter lächerlich gering.

Doch sehen wir, dass mancher an der materiellen Sättigung scheitert. Wohlstand hat eigene Auswirkungen auf Psyche und Verhalten der Menschen; nicht gerade bewirkt er Zufriedenheit, Bescheidenheit und Genügsamkeit angesichts der Überfülle. Das Glück scheint uns hold - und dieses ist «gratis». Nun gibt es aber wohl ein Wechselspiel zwischen Glück und Pflicht. Pflicht jedoch hat mit Leistung zu tun. Doch jeder kennt Fälle, wo der Vermögenszuwachs nicht gleichläufig mit dem persönlichen Einsatz ging (im grossen wie im kleinen). Die anderen Fälle, wenn sich jemand im Vertrauen auf die allgemeine Prosperität übernommen hat,



werden nicht öffentlich vorgeführt. Der «Erfolgsausweis» des Fürsorgeamtes interessiert wenig. Wer möchte wissen, ob es auch bei uns eine «neue Armut» gibt?

Es ist hier nicht die Stelle, das ganze Spektrum der trotz Wohlstand vorhandenen sozialen Fragen aufzulisten. Jedoch soll hingewiesen werden auf zwei Punkte, welche für die weitere Entwicklung Grenzen aufzeigen könnten: In letzter Zeit wird man sich vermehrt bewusst der problematischen Situation und Preisentwicklung auf dem Boden- und Wohnungsmarkt. Aktuellerhalber berichte ich, dass kürzlich im Zentrum von Vaduz Grundstücke den Eigentümer wechselten bei Bodenpreisen in der Grössenordnung von etwa 20000 Franken je Klafter bzw. 5000 Franken je Quadratmeter. (Zwar handelt es sich um überbaute Grundstücke, doch sind die Gebäude für die Erwerber vermutlich ziemlich uninteressant.) Vieles wächst in Liechtenstein, doch nicht die vorhandene Fläche. Das Staatsoberhaupt hat schon auf die Problematik hingewiesen, wenn junge Liechtensteiner ihr eigenes Heim im Ausland bauen oder kaufen müssen.

Eine andere Entwicklung, die noch wenig Beachtung findet, die jedoch nach gewisser Zeit erhebliche Auswirkungen auf das System der sozialen Sicherheit und dessen Finanzierung bringen kann, liegt in der Verschiebung im Altersaufbau. Wie in anderen entwickelten Ländern nimmt die Geburtenhäufigkeit und damit der Anteil der jüngeren Jahrgänge ab, während infolge gesteigerter Lebenserwartung der Anteil der älteren Jahrgänge zunimmt. Dieser Trend gilt tendenziell sowohl für Liechtensteiner als auch für Ausländer. Werfen wir einen Blick auf die Altersstruktur der liechtensteinischen Einwohner:

Anteil der unter 30jährigen:	bei den Liechtensteinern:	49,6% 1978 - 44,0% 1988
bei den Ausländern:	55,2% 1978 - 49,1% 1988	
Anteil der über 65jährigen:	bei den Liechtensteinern:	10,3% 1978 - 11,9% 1988
bei den Ausländern:	5,8% 1978 - 6,1% 1988	

Hier zeigt sich einerseits die oben geschilderte Entwicklung in Richtung Überalterung, andererseits aber auch die gegebene Verjüngung des Altersaufbaus als Folge des Zuzugs von Ausländern. Diese letztere vorteilhafte Situation kann sich allerdings aufgrund der vermehrt restriktiven Haltung in bezug auf den Ausländerzuzug nach einer gewissen Zeit umso mehr negativ auswirken. Von den Ausländern, die bei uns arbeiten, kehren auch viele wieder in ihre Heimatländer zurück. So kommt es, dass bei der liechtensteinischen Alters- und Hinterlassenenversicherung etwa 80000 individuelle Beitragskonten geführt werden, also das Vierfache der gegenwärtigen Beschäftigtenzahl. Es wäre interessant zu wissen, ab wann und über welchen Zeitraum die entsprechenden Leistungen fällig werden und welche Grössenordnung das in späteren Jahren ausmacht. Da für manche Renten der Zahlungsbeginn und für alle die Leistungsdauer unbestimmbar sind, erweisen sich entsprechende Berechnungen als kaum durchführbar.

Im Rahmen dieses Kapitels möchte ich schliesslich noch darauf hinweisen, dass sich die Lebenshaltung des Einheimischen vielfach nicht der rasanten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung entsprechend verändert hat. Das hat durchaus auch Auswirkungen auf das Bild, das wir uns von uns selbst machen und auf jenes, das wir von anderen haben. Die liechtensteinische Psyche ist eine seltsame Mischung einerseits von verblichener Unbeeindrucktheit gegenüber Anwendungen von Überheblichkeit und andererseits der verbreiteten Einstellung, man könne sich alles - nicht nur finanziell - leisten und sei auf niemanden angewiesen.

Als wir noch ein armes Land waren, hatten wir noch nicht das Selbstwertgefühl, wir bräuchten niemandes Hilfe.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ein «Adria-Jammer» der liechtensteinischen Wirtschaft?

Unorthodoxe Gedanken von Dr. Hubert Büchel zu unserer Wirtschaft und Wirtschaftspolitik - Vorschlag für ein liechtensteinisches Zukunftsforum

Im Rahmen der Schrift «Kennt Liechtensteins Wirtschaftserfolg kein Ende?» äussert Dr. Hubert Büchel auch ungewohnte Gedanken zur Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Er fordert dazu auf, sich Vorstellungen für die Zukunft zu machen, sich den möglichen Entwicklungen bewusst zu werden. Ausserdem wirft er den Gedanken für ein «liechtensteinisches Zukunftsforum» in den Raum - mit der Hoffnung, dass diesen Gedanken jemand aufnimmt.

Der wirtschaftliche Erfolg und die erreichte Wohlstandsposition wecken Gefühle der Sättigung. Solche verstellen leicht den Blick auf veränderte Proportionen und die Dynamik der Ereignisse rund um uns. Ist unsere Landesfläche die einzige begrenzende Grösse? Rechnen wir einmal gewisse Vergangenheitsdaten in die Zukunft.

Das landwirtschaftlich genutzte Land hat von 1965 bis 1985 jährlich um 24 ha auf nunmehr 3618 ha abgenommen. Davon könnten wir noch über 150 Jahre zehren, bis wir auf null gelangt sind. Wirkt das beruhigend?

Aus der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1985 kann ersehen werden, dass von den 160 noch hauptberuflich tätigen Landwirten nur gerade noch zwölf vorwiegend eigenes Land bewirtschaften, die anderen 148 sind demgemäss überwiegend auf Pachtland angewiesen. Wem gehört der Grund und Boden und welche Absichten bestehen über seine Verwendung?

Wenn wir die Beschäftigungsentwicklung der letzten vier Jahre auf die kommenden vier Jahre hochrechnen - womit wir bei 1993, dem beabsichtigten Anfangsjahr des Europäischen Binnenmarktes angelangt sind -, so gäbe es in Liechtenstein 23000 Arbeitsplätze. Unterstellen wir einmal, dass wir nicht mehr auf Grenzgänger-Zupendler zurückgreifen können, so dass wir allen im Inland Beschäftigten auch im Inland

Wohnsitz geben müssten (vielleicht müssten wir die benötigten Arbeitskräfte aus der Dritten Welt holen). Das rechnerische Ergebnis (wohlgernekt innerhalb von vier Jahren): 15000 ausländische und 8000 liechtensteinische Beschäftigte, 25000 ausländische Einwohner und eine Wohnbevölkerung von insgesamt 45000 Personen.

Im heurigen Sommer beherrschte die Alpenpest in der Adria die Schlagzeilen der Medien. Die Küstenbewohner, die am Badetourismus verdienen, erhofften möglichst viel Sturm und Regen. Die Überernährung, Überdüngung der Gewässer hat den biologischen Kreislauf an eine kritische Grenze gebracht, wo es nur noch wenig bedarf, damit das Biotop umkippt. Solche kritischen Grenzen haben es an sich, dass sie erst ernst genommen werden, wenn man bei ihnen angelangt ist.

Ein «Adria-Jammer» der liechtensteinischen Wirtschaft, ein Übersättigungs-Kippeffekt - ist damit zu rechnen? Verschiessen wir die Augen oder sind solche Fragen nur Panikmache? Gerne würde ich es selber wissen.

Doch es gehen mir Fragen durch den Kopf: Wer ist noch daran interessiert, die eigene Identität zu bewahren? Arbeiten wir wieder mit Unterstellungen: Die Arbeitgeber wollen Arbeitskräfte, weil die Auftragsbücher voll sind. Die Investoren wollen Arbeitsplätze besetzen, weil sie Fabrikhallen gebaut und

Maschinen angeschafft haben. Die Bauwirtschaft will bauen. Die Wohnungseigentümer wollen Mieter. Die Geldinstitute wollen das dem Finanzplatz zufließende Geld wieder anlegen und als Kredit vergeben. Die Schuldner wollen niedrigere Zinsen. Die Politiker wollen ein hohes Steueraufkommen ohne zusätzliche Belastung der Bürger. Die Arbeitnehmer wollen höhere Löhne. Nicht einmal die Landwirtschaftszone liegt unbedingt im Interesse der Bauern, die ihre Äcker lieber als Bauland sehen.

Diese Überlegungen stellen noch gar nicht die Frage nach den ökologischen Grenzen, nach dem kritischen Punkt bei der Beeinträchtigung unserer natürlichen Umwelt infolge der Tatsache einer florierenden Wirtschaft und einer konsumfreudigen Wohlstandsgesellschaft. Diese Problemstellung kann als bekannt vorausgesetzt werden. Mich interessiert hier die Frage nach anderen Grenzen, die der besonderen Art und Situation unserer Volkswirtschaft innewohnen.

Dank hohem Lebensstandard wäre auch ein relativ hohes Realisierungspotential für staatliche Massnahmen gegeben - rein theoretisch, denn die Einsicht in unpopuläre Massnahmen ist gering, solange es uns noch so gut geht. Es gibt durchaus Instrumente, um der Entwicklung gegenzusteuern, wenn auch die meisten nur bei den Sympto-

men ansetzen. Überprüft werden könnten beispielsweise die Bewilligungspraxis für ausländische Arbeitskräfte (einschliesslich Grenzgänger), die Berufsbildungspolitik, das Gewerbegesetz, die Gesetzgebung über die Banken und Finanzmärkte sowie das Gesellschaftswesen, die Festlegung von Landwirtschafts-, Bau-, Industrie- und Gewerbebezonen, die Subventionenpolitik insgesamt und besonders etwa bei der Baulanderschliessung, der Hypothekenzinssatz, das Mietrecht, der Finanzausgleich, die Vermögensbesteuerung (indem der wirkliche Verkehrswert der Grundstücke und Gebäude zugrunde gelegt würde), die Einkommens- und Vermögensbesteuerung. Wollen wir ein (anderes) neues Steuergesetz, welches die ökonomischen Anreize ganz anders setzt? Wollen wir der Sache wirklich an den Nerv gehen? Haben wir den Mut und Willen, an sogenannten «positiven» Rahmenbedingungen zu rütteln?

Der Entwicklungen bewusst zu werden, das wäre das erste. Ein liechtensteinisches Zukunftsforum, das alle einbezieht, denen das spätere Gesicht unserer Heimat am Herzen liegt, die mitdenken wollen, eine Basis für unabhängige und partei- und interessenübergreifende Diskussionen und für die Erarbeitung von Vorschlägen, das wäre ein Gedanke. Andere Ideen mögen folgen.